ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Kritik der Vereinten Nationen an Defiziten wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte in Deutschland ernst nehmen

Der Landtag möge beschließen:

1. Sowohl der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und weitere Nichtregierungsorganisationen haben die Bundesrepublik Deutschland wiederholt wegen der Nichteinhaltung ihrer Menschenrechtspflichten im eigenen Land kritisiert. Zu den gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Deutschland zählen u. a. die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen, von Trans- und Intersexuellen, die zunehmende Kinder- und Altersarmut, die andauernde Verletzung der Gleichstellung der Geschlechter oder Gewalt gegen Frauen im Alltag.
2. Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat sich mit dem fünften Bericht Deutschlands über die Umsetzung des Internationalen Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte befasst und neben einigen positiven Aspekten viele Hauptproblembereiche festgestellt und hierzu Handlungsempfehlungen aufgezeigt (abschließende Bemerkungen des Ausschusses vom 20. Mai 2011).
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag bis zum 31. Dezember 2012 zu unterrichten, inwiefern die Landesregierung die Empfehlungen des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zur Überwindung der zahlreichen Problemfelder in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt hat bzw. umzusetzen beabsichtigt.

Helmut Holter und Fraktion